

Fragen

für die Fragestunde der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Oktober 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38	Kluckert, Daniela (FDP)	42
Barrientos, Simone (DIE LINKE.)	56	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 45
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 52	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	22
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	3, 4	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	9, 10
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	11, 12	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Herrmann, Lars (AfD)	55	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 57
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Saathoff, Johann (SPD)	23
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	6, 7	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 27
Jung, Christian, Dr. (FDP)	36	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	48, 49
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	28, 29
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 47	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	50, 51
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	20, 21

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	16
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	17

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Welche Mitglieder ausländischer Regierungen haben in Deutschland vor öffentlichem Publikum gesprochen, und welche Kosten sind dem Bund und nach Kenntnis der Bundesregierung den Ländern im Zuge dieser öffentlichen Auftritte jeweils insgesamt entstanden (bitte um Angabe der letzten 13 Auftritte sowie die vorhergehenden summiert unter der Angabe „weitere“)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

In wie vielen Fällen haben Mitglieder der Bundesregierung seit dem Jahr 2000 im Ausland Reden vor öffentlichem Publikum gehalten (bitte Angaben in Jahresscheiben), und wie oft haben sie während dieser Zeit im Ausland der Eröffnung von Kirchen beigewohnt?
3. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit ist nach Kenntnissen der Bundesregierung (auch nachrichtendienstlichen) die „EGM Mobil“-App („Emniyet Genel Müdürlüğü“, Zentralbehörde der türkischen Polizei) mit seinen umfangreichen Funktionen nicht lediglich eine App, um mutmaßliche Straftaten zur Anzeige zu bringen, wie sie analog u. a. in Deutschland über die sogenannten „Onlinewachen“ übers Internet ermöglicht wird, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung (z. B. rechtliche oder politische), um die Verwendung der „EGM Mobil“-App zu unterbinden, sofern es sich nach ihrer Kenntnis im Gegensatz zu den sogenannten „Onlinewachen“ nur um eine digitale Methode der Denunziation handelt, um kritische Kommentare „türkischstämmiger“ Personen in sozialen Netzwerken direkt bei den türkischen Behörden anzuzeigen (www.welt.de/vermischtes/article181735822/Hart-aber-fair-Die-Tuerkei-ist-kein-Rechtsstaat-das-ist-ein-Willkuersystem.html)?
4. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat nach Kenntnis der Bundesregierung (auch nachrichtendienstlicher) die von Saudi Arabien geführte Militärkoalition die angekündigten sicheren Korridore für den Transport von Hilfsgütern und Menschen zwischen Sanaa und Hudaida an den drei angepeilten Routen inzwischen eröffnet (dpa vom 24. September 2018),

um die landesweit drohende Hungersnot im Jemen abzuwenden, und inwieweit sieht die Bundesregierung in dem vom Europaparlament geforderten Waffenembargo gegen Saudi-Arabien mit Blick auf die Situation im Jemen, die sich zu einer der „schlimmsten, humanitären, politischen und wirtschaftlichen Krisen“ ausweite (Katholische Nachrichten-Agentur vom 4. Oktober 2018), eine konsequente Umsetzung des im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschriebenen „sofortigen Genehmigungsstopps“ von Ausfuhren an die Länder, die „unmittelbar“ am Jemen-Krieg beteiligt sind (Koalitionsvertrag, Zeilen 7040/7041)?

5. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass das Referendum zur Verschärfung des bestehenden Verbots gleichgeschlechtlicher Ehen in Rumänien am 6. und 7. Oktober 2018 auch zur Ablenkung von Korruptionsvorwürfen gegen die Regierungspartei PSD dient (vgl. www.handelsblatt.com/politik/international/referendum-rumaenien-stimmt-anfang-oktober-ueber-verbot-der-homo-ehe-ab/23085364.html?ticket=ST-8058459-dVHKOuVKPY7aWUnXWPai-ap2), und welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, dass es im Zuge der öffentlichen Debatten zum Referendum zu Beschimpfungen und körperlichen Angriffen gegen LSBTTI (LSBTTI = Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen) gekommen ist (vgl. www.dw.com/de/rum%C3%A4nien-streitet-%C3%BCber-homo-ehe/a-45746391)?

6. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Wann wird die Bundesregierung die (Teil-)Reisewarnung für Ägypten zurücknehmen, und wie begründet die Bundesregierung die Reisewarnung angesichts der verbesserten Sicherheitslage und des durch die Warnung entstehenden immensen Schadens für den aufstrebenden Tourismus (www.welt.de/reise/Fern/article174372644/Tourismus-Aegypten-investiert-und-die-Urlauber-kommen.html)?

7. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Wie schätzt die Bundesregierung die Chancen für eine freie und faire Durchführung der Präsidentschaftswahl im Dezember 2018 in der Demokratischen Republik Kongo mit dem geplanten Einsatz von Wahlmaschinen angesichts der Bedrohung und dem Ausschluss Oppositioneller ein (www.

nzz.ch/international/kongo-kinshasa-streit-um-die-wahlmaschine-ld.1421483), und setzt sich die Bundesregierung für eine deutsche oder europäische Wahlbeobachtungsmission für diese Wahl ein?

8. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des Ablaufs der Präsidentschaftswahl in Kamerun am 7. Oktober 2018, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Wahlergebnis?

9. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Wie schätzt die Bundesregierung die derzeitige humanitäre Lage in Syrien im Vergleich zwischen von der syrischen Regierung kontrollierten und von der Opposition kontrollierten Gebieten ein, und welchen Einfluss hat die Aussage des UN-Sonderberichterstatters für negative Auswirkungen von einseitigen Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, die gegen Syrien verhängten Sanktionen hätten die humanitäre Krise in dem Land massiv verschärft, auf die Politik der Bundesregierung (www.ohchr.org/en/newsevents/pages/DisplayNews.aspx?NewsID=23096&LangID=E)?

10. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Welche konkreten Anstrengungen haben deutsche Diplomatinen und Diplomaten und/oder Regierungsmitglieder unternommen, um sich für eine Freilassung oder zumindest für eine vorläufige Haftentlassung Sarah Mardinis und Sean Binders einzusetzen (www.taz.de/!5535190/; https://m.tagesspiegel.de/themen/reportage/sarah-mardini-eine-fluechtlingshelferin-die-im-gefaengnis-landete/23000892.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F)?

11. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem von der israelischen Armee angekündigten Abriss des Beduinendorfs Kan al-Ahmar nahe Jerusalem, und war dies Thema bei den deutsch-israelischen Konsultationen (www.dw.com/de/israel-geht-gegen-aktivisten-vor/a-45473015)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

12. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung Rüstungs-
exporte für 254 Mio. Euro an Saudi-Arabien trotz
Jemen-Krieges und den Festlegungen im Koaliti-
onsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, keine
Waffen an am Jemen-Krieg beteiligte Länder zu
exportieren (www.zdf.de/nachrichten/heute/fuer-254-millionen-euro-ruestungsgueter-nach-saudi-arabien-100.html)?
13. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann der Bundesminister für Wirtschaft und Ener-
gie Peter Altmaier bestätigen, dass er seit dem
14. März 2018 im Zusammenhang mit seinen bi-
lateralen energiepolitischen Kontakten mit Ver-
tretern der französischen Regierung nie konkret
und nachdrücklich darum ersucht hat, dass die
französische Regierung die rechtliche Verknüp-
fung zwischen der Inbetriebnahme des Atom-
kraftwerks Flamanville 3 und der Stilllegung der
Atomkraftwerke Fessenheim 1 und 2 – Regie-
rungsdekret 2017-508 vom 8. April 2017 – auf-
hebt und Fessenheim sofort stilllegt (vgl. hierzu
Antwort der Bundesregierung auf meine Schrift-
lichen Fragen 31, 67 und 51 auf Bundestagsdruck-
sachen 19/3068, 19/3762 bzw. 19/3592), und ist
ihm bewusst, dass die von französischer Seite an-
gekündigte Fessenheim-Stilllegung mittlerweile
rund ein Jahrzehnt Verzug aufweist (vgl. Artikel
„Wahlbündnis von französischen Sozialisten und
Grünen“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
vom 17. November 2011, „Frankreichs Atom-
meiler sind nicht sicher genug“ in Der Tagesspie-
gel vom 18. November 2011 und Reuters-Mel-
dung „Frankreich – AKW Fessenheim wird bis
2022 abgeschaltet“ vom 4. Oktober 2018)?
14. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die wesentlichen Einflussfaktoren
auf die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-
Gesetz (EEG) – insbesondere Börsen-Strompreis,
Zubau an EEG-geförderten Anlagen, Abfluss vom
EEG-Konto sowie Kontostand und Liquiditätsre-
serve im Verlaufe der letzten zwölf Monate ent-
wickelt, und teilt die Bundesregierung die von
bisher vorliegenden Prognosen (z. B. Agora-Ener-
giewende, [www.agora-energie-wende.de/presse/](http://www.agora-energie-wende.de/presse/pressemitteilungen/die-eeg-umlage-wird-2019-)
[pressemitteilungen/die-eeg-umlage-wird-2019-](http://www.agora-energie-wende.de/presse/pressemitteilungen/die-eeg-umlage-wird-2019-)

voraussichtlich-konstant-bleiben/) ermittelte Einschätzung, dass die Höhe der EEG-Umlage im Jahr 2019 gegenüber dem laufenden Jahr in etwa konstant bleiben wird?

15. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie unterscheidet sich die Ausnahmeregel für die energieintensive Industrie bei den Netzentgelten von der Ausnahmeregel bei der Offshore-Haftungsumlage, und wie viel Prozent der Netzentgelte sowie der Offshore-Haftungsumlage wird jeweils von den Haushaltskunden getragen?

16. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung des Beauftragten der Bundesregierung für Tourismus Thomas Bareiß, sich für die Abschaffung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung beim Einkauf von Hotelkontingenten einsetzen zu wollen (vgl. <https://verbaende.com/news.php/Thomas-Bareiss-Urlaubssteuer-ist-ein-Unding-Tourismusbeauftragter-der-Bundesregierung-spricht-sich-beim-DRV-Loungegesprach-fuer-eine-politische-Loesung-aus?m=124608>)?

17. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bei welchen Produktgruppen setzt sich die Bundesregierung im Rahmen der derzeit laufenden Verhandlungen zur Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie (2009/125/EG) dafür ein, dass Reparaturstandards gesetzt werden, und welche Reparaturstandards sind dies jeweils?

18. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit setzt sich die Bundesregierung im Eco-design Consultation Forum für eine verbesserte Verfügbarkeit von Ersatzteilen von Haushaltswaschmaschinen und -trocknern ein, und falls dies nicht der Fall ist, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

19. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD beschlossenen „Pakts für den Rechtsstaat“, und trifft es zu, dass die im Pakt angestrebten 2 000 Richterstellen nicht geschaffen werden können, da sich der Bund nicht an der Finanzierung beteiligen will (vergleiche dazu „Der Pakt, der nicht klappt“ in der Süddeutschen Zeitung vom 27. September 2018)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

20. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils im Jahr 2017 und bislang im Jahr 2018 der Abgang von Langzeitarbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit nach Gründen dar (bitte nach Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt, sonstiger Erwerbstätigkeit, Teilnahme Maßnahme und Ausbildung, Arbeitsunfähigkeit, vorruhestandsähnlichen Regelungen und Ausscheiden aus dem Erwerbsleben unterscheiden – in absoluten Zahlen und jeweils prozentualem Anteil am Abgang insgesamt)?
21. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils im Jahr 2017 und bislang im Jahr 2018 der Abgang von Nichtlangzeitarbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit nach Gründen dar (bitte nach Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt, sonstiger Erwerbstätigkeit, Teilnahme Maßnahme und Ausbildung, Arbeitsunfähigkeit, vorruhestandsähnlichen Regelungen und Ausscheiden aus dem Erwerbsleben unterscheiden – in absoluten Zahlen und jeweils prozentualem Anteil am Abgang insgesamt)?

22. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundessozialgerichts (Aktenzeichen B 11 AL 15/17 R) zur Anrechnung von Freistellungszeiten auf das Arbeitslosengeld, und inwiefern leitet sie einen Handlungsbedarf für den Gesetzgeber daraus ab, insbesondere in Hinblick auf § 152 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD)
- Wie weit vorangeschritten ist das Bundesministerium der Verteidigung bei der Weiterentwicklung des Strategiepapiers zur Stärkung der Verteidigungsindustrie und der Umsetzung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Einstufung von Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie, vor dem Hintergrund, dass die Festlegung der wehrtechnischen Schlüsseltechnologien laut der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 58, Plenarprotokoll 19/22 regelmäßig zu überprüfen sind (vgl. Bundestagsdrucksachen 18/6328 und 18/11725)?
24. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wessen Eigentum steht der Hubschrauber, mit dem am 3. September 2018 in der Wehrtechnischen Dienststelle (WTD) 91 im Emsland Raketen abgeschossen wurden, und wessen Personal ist das Gerät geflogen (<https://augengeradeaus.net/2018/09/moorbrand-in-meppen-schuesse-von-airbus-helicopters/>)?
25. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat das Bundesverteidigungsministerium die Fehler im Umgang mit dem Moorbrand in Meppen nicht verhindert, obwohl das Bundesministerium gleich zu Beginn, am 4. September 2018, durch die Wehrtechnische Dienststelle (WTD) 91 über den Brand informiert worden war (siehe Antwort auf meine Mündliche Frage 77, Plenarprotokoll 19/51)?

26. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde in Verbindung mit dem Moorbrand auf dem Bundeswehrgelände WTD 91 in Meppen Messungen von Luftschadstoffen durch die Bundeswehr erstmals am 20. September 2018 veranlasst und nicht schon vorher (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/War-der-Moorbrand-doch-gesundheitsgefahrdend-moorbrand842.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

27. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Entwicklungen erwartet die Bundesregierung in den kommenden zwei Jahren, die in den letzten fünf Jahren nicht getätigt wurden, um die betäubungslose Ferkelkastration zu beenden, und mit welcher Position beteiligt sich die Bundesregierung an der weiteren Debatte, um eine betäubungslose Ferkelkastration möglichst deutlich noch vor Ablauf der zwei gewährten Jahre zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

28. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Vorlage des Konzepts zur Reform der Freiwilligendienste?
29. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Sicherstellung und Kontrolle der Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

30. Abgeordnete

Maria**Klein-Schmeink**(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was intendiert die Bundesregierung mit dem Konzept für „eine gestufte und gesteuerte Versorgung für die psychotherapeutische Behandlung einschließlich der Anforderungen an die Qualifikation der für die Behandlungssteuerung verantwortlichen Vertragsärzte und psychologischen Psychotherapeuten“ im Hinblick darauf, dass erst seit kurzem die psychotherapeutische Sprechstunde und Akutbehandlung eingeführt wurden, und wie sollen diese in ein solches Konzept eingebettet werden (siehe Kabinettsentwurf Terminservice- und Versorgungsgesetz – TSVG, www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/T/Kabinettsentwurf_TSVG.pdf)?

31. Abgeordnete

Maria**Klein-Schmeink**(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird sich im Hinblick darauf, dass der Gemeinsame Bundesausschuss gemäß Kabinettsentwurf zum TSVG mit der Erweiterung der Psychotherapierichtlinie um Regelungen der gestuften und gesteuerten Versorgung beauftragt werden soll, die Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens zur Bedarfsplanung, das in absehbarer Zeit vorgelegt werden soll, verzögern und auf die geplante Veränderung der Bedarfsplanung für den Bereich der Psychotherapie Einfluss nehmen (siehe Kabinettsentwurf Terminservice- und Versorgungsgesetz – TSVG, www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/T/Kabinettsentwurf_TSVG.pdf)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

32. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ausgaben im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Erhebung der Infrastrukturabgabe (sogenannte „Pkw-Maut“) sind dem Bund bisher als Sach- und Personalkosten entstanden (bitte nach Jahren aufschlüsseln und jeweils nach Sach- und Personalkosten differenzieren)?
33. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Ergebnissen wurde die Bewertung der Bundesverkehrswegeplanprojekte Elektrifizierung Cottbus–Görlitz und Dresden–Görlitz–Grenze Deutschland/Polen abgeschlossen, und ab wann werden für das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankerte Förderprogramm zur Elektrifizierung von Bahnstrecken Haushaltsmittel zur Verfügung stehen?
34. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist bei den im Vordringlichen Bedarf der Ausbaugesetze (Bundesschienenwegeausbaugesetz und Bundesfernstraßenausbaugesetz) eingestuften Vorhaben der Bedarf in jedem Fall so weit nachgewiesen, dass bei allen Projekten die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen wurde, so dass diese Projekte mithin zur Realisierung bis 2030 bestimmt sind und es im weiteren Verfahren ausschließlich noch um das „Wie“ geht, und bildet der im Bundesverkehrswegeplan 2030 angegebene Betrag von 17,9 Mrd. Euro noch sachgerecht den Finanzmittelbedarf der so genannten Schleppe ab – also der Bedarf für die Aus- und Neubauvorhaben des Bedarfsplans Schiene ab 2031?
35. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die Ausfallzeiten von Aufzügen und Rolltreppen an Bahnhöfen der Deutschen Bahn AG seit Einführung der digitalen Fernüberwachung entwickelt (<http://digitalspirit.dbsystel.de/immer-in-bewegung-bleiben/>; bitte aufsummierte Ausfallzeiten getrennt nach Rolltreppen und Aufzügen der Jahre 2015, 2016, 2017 und im laufenden Jahr 2018 im Vergleich darstellen), und sind inzwischen alle Aufzüge und Rolltreppen entsprechend umgerüstet worden?

36. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Warum werden die Bahn-Schnellfahrstrecken (SFS) Mannheim–Stuttgart und Hannover–Würzburg im Gegensatz zum S21-Gebiet (S21 – Stuttgart 21) und der Strecke Wendlingen–Ulm bei den anstehenden Sanierungen bis 2024 nicht sofort mit dem Zugbeeinflussungssystem ETCS ausgerüstet?
37. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung sicherstellen, dass durch das „Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“, welches die Bundesregierung am 2. Oktober 2018 vorstellte, Fahrverbote in einzelnen Städten vermieden werden (bitte begründen), und werden Städte wie etwa Frankfurt, Berlin und Hamburg ebenfalls Bestandteil der förderberechtigten Städte im Rahmen des vorgestellten Konzepts sein (bitte ebenfalls begründen)?
38. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann sollen die im „Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“ genannten Maßnahmen jeweils greifen (bitte einzeln für Umrüstung von Kommunalfahrzeugen, Handwerker- und Lieferfahrzeuge, Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, „Umtauschprämie“ und Hardware-Nachrüstung nennen), und auf welcher rechtlichen Grundlage soll die Anhebung des Stickstoffdioxid-Grenzwertes von 40 µg/m³ Luft im Jahresmittel auf 50 µg/m³ stattfinden, insbesondere vor dem Hintergrund des EU-Rechts?
39. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Brachte die Bundesregierung in den Verhandlungen mit den Autoherstellern um Umtauschprämien für Dieselfahrzeughalterinnen und -halter auch eine Umstiegsprämie für Fahrzeughalterinnen und -halter, die ihr Auto abgeben und dafür auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad umsteigen möchten, ein, und wenn nein, warum nicht?

40. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Inhalte wurden beim Auftakttreffen der Arbeitsgruppe I (AG I) der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur am 4. Oktober 2018 besprochen, und welche Arbeitspakete wurden an die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AG I verteilt?
41. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der weitere Zeitplan bis zur Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen den Regierungen von Deutschland und der Tschechischen Republik über die Binnenelbe, und wer ist einbezogen?
42. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die im europäischen Vergleich im Mobilfunkmarkt vorherrschenden hohen Preise bei gleichzeitig schlechter Netzabdeckung etwas mit mangelndem Wettbewerb zu tun haben (www.sueddeutsche.de/digital/mobilfunk-deutschland-funkloecher-1.4051417)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

43. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonthier**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Schädlichkeit von künstlicher Beleuchtung (bitte auf spektrale Zusammensetzung, Intensität, Dauer, Zeitpunkt, Häufigkeit, Vorbelastungen, Risikofaktoren, Schichtarbeit, Wirkmechanismus der Schädigung, Veränderung durch Verwendung neuer Beleuchtungstechnologien eingehen) sowohl im Innenbereich als auch im städtischen Raum insbesondere in Bezug auf Krebsrisiko, Schlafstörungen und psychische Erkrankungen, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in diesen Bereichen?

44. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist mit einer rechtsverbindlichen Regelung zur Bestimmung von Erheblichkeitsgrenzen für gesundheitsschädliche bzw. belästigende Lichtimmissionen durch die Bundesregierung zu rechnen, und sollen bei einer etwaigen Regelung, Impulshaftigkeit sowie die spektrale Zusammensetzung der Lichtimmissionen berücksichtigt werden?
45. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Mängel im Beton belgischer Atomkraftwerke, und welche Kenntnisse hat sie über den Untersuchungsplan bzw. das weitere Verfahren der belgischen Atomaufsicht Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle und dem Betreiber Engie Electrabel im Umgang mit den Schäden (vgl. Artikel „Tihange 2: les armatures du béton armé ne sont pas à la bonne place“ vom 2. Oktober 2018, online abrufbar unter www.rtb.be/info/economie/detail_tihange-2-les-armatures-du-beton-arme-ne-sont-pas-a-la-bonne-place?id=10034930)?
46. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung bewerkstelligen, dass sie die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Klimaziele für 2030 noch erreicht, nachdem sie sich kürzlich sowohl für schwächere EU-weite CO₂-Flottengrenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ausgesprochen hat als auch dem Vorschlag des EU-Klimakommissars Miguel Arias Cañete zur Erhöhung der EU-Klimaschutzziele eine Absage erteilte (www.klimareporter.de/europaische-union/merkel-gegen-hoehere-eu-klimaziele), und welche konkreten CO₂-Maßnahmen auf nationaler Ebene und Berechnungen führt die Bundesregierung derzeit durch, um die internationalen Klimaschutzverpflichtungen zu erreichen und u. a. den wieder steigenden Emissionsausstoß im Verkehrssektor zu stoppen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

47. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Verhältnis steht die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller angekündigte Entwicklungsstrategie 2030 zur Zukunftscharta aus dem Jahr 2014 und dem „Marshallplan mit Afrika“, und in welchem Zeitrahmen soll, wenn überhaupt, aus den so genannten „Eckpunkten für einen Marshallplan mit Afrika“ (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf) eine konkrete Strategie für das deutsche Regierungshandeln entstehen?
48. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Warum hat der Africa Agriculture Trade and Investment Fund (AATIF) nach Kenntnis der Bundesregierung auf seiner Homepage nicht die gesamte Wirkungsstudie (Rapid Appraisal) zu Agrivision Zambia veröffentlicht, wie es die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 11 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zum AATIF (Bundestagsdrucksache 18/13451) angekündigt hatte, sondern nur einen zweiseitigen „Impact Brief“ (www.aatif.lu/tl_files/downloads/AATIF%20IMPACT%20Brief%2002%20-%20Agrivision.pdf), und bleibt die Bundesregierung nach Veröffentlichung des Impact Briefs bei der von ihr geäußerten Auffassung, dass Agrivision in Sambia bis zu 1 000 Personen beschäftigt (siehe Antwort der Bundesregierung auf Nachfragen zur Beantwortung der Mündlichen Frage 14 des Abgeordneten Niema Movassat vom 23. Juni 2017, Plenarprotokoll 18/242)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

49. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche afrikanischen Vertreter werden nach Kenntnis der Bundesregierung an dem G20-Investment-Summit in Berlin am 30. Oktober 2018 teilnehmen (siehe www.compactwithafrica.org/content/dam/Compact%20with%20Africa/events/Programm_AfricaSummit_091218.pdf), und welche Abkommen sollen bei der Konferenz unterzeichnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Abkehr der griechischen Regierung von der mit den internationalen Gläubigern vereinbarten und bereits per Gesetz im griechischen Parlament beschlossenen Rentenkürzungen im Jahr 2019 (FAZ, 1. Oktober 2018, S. 17)?
51. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen darüber, wie viele Stunden ehrenamtliche Buchhalter von gemeinnützigen Vereinen aufs Jahr gerechnet dafür aufwenden müssen, um den Vorschriften der Finanzverwaltung gerecht zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

52. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Waren Bundesbehörden zur Zeit der Debatte über die Frage, ob es in Chemnitz Hetzjagden gegen Migranten gegeben habe, bereits bekannt, dass unter Teilnehmern der rechten Demonstrationen Terrorakte, u. a. gegen Migranten, geplant wurden, und für wie motivierend oder demotivierend für Menschen, die gewalttätigen, bewaffneten Terror unter Migranten zu verbreiten planen, hält die

Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer, „Migration sei die Mutter aller Probleme“?

53. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der britischen und zahlreicher weiterer Regierungen, dass der russische Militärg Geheimdienst GRU und ihm nahestehende Hackergruppen für zahlreiche IT-Angriffe der letzten Jahre, unter anderem auch auf den Deutschen Bundestag, verantwortlich ist (vgl. „Russischer Geheimdienst beschuldigt“, tagesschau.de vom 4. Oktober 2018, abrufbar unter www.tagesschau.de/ausland/russland-cyberattacken-103.html), und welche eigenen Hinweise hat die Bundesregierung bezüglich der vermuteten Urheberschaft der Attacken?

54. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was tut die Bundesregierung konkret, um die Vulnerabilität gegenüber weitreichenden IT-Angriffen auf digitale Infrastrukturen und private Kommunikation zu verringern sowie intransparente Einflussnahmen auf demokratische Willensbildungsprozesse möglichst effektiv zu verhindern?

55. Abgeordneter
Lars Herrmann
(AfD)

Wie sieht die Bundesregierung die von der Gewerkschaft der Polizei (offener Brief der GdP vom 17. August 2018) geäußerte Kritik bezüglich der Verteilung von Absolventen des mittleren Polizeivollzugsdienstes (Bundespolizei) auf die Bundespolizeidienststellen, ohne dass hierzu eine Ausschreibung erfolgt und damit ältere Kollegen keine Chance auf eine heimatnahe Verwendung haben?

56. Abgeordnete
**Simone
Barrientos**
(DIE LINKE.)

Auf welcher Grundlage und warum informiert das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Abteilung M, Stab R) zwar in Form einer persönlichen telefonischen Ankündigung Abgeordnete des Deutschen Bundestages über Rückkehrflüge und verwehrt diesen zugleich eine Anwesenheit vor Ort?

57. Abgeordnete

Filiz Polat

(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Nach wessen Weisung und mit welchem Auftrag haben vier Vertreter der bayerischen Landespolizei die Sammelabschiebung am 2. Oktober 2018 nach Kabul begleitet, bei der 17 ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige von 63 Beamten der Bundespolizei zurückgeführt wurden (www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-abschiebeflug-aus-deutschland-landet-in-kabul-a-1231393.html)?

